

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

5.3.1928 (No. 55)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausbrennung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland teilt mit: Die leichte Steigerung des Kräftebedarfs in verschiedenen Außenberufen, zum Teil aber auch in der Industrie, führte in der Berichtszeit (23. bis 28. Februar) zu einer einstweilen noch geringfügigen Entlastung des Arbeitsmarkts. Infolgedessen sank die Zahl der Unterstützungsempfänger (aus Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zusammen) in Baden von 43 561 auf 42 962, in Württemberg einschließlich Hohenzollern von 22 616 auf 20 785. Sowohl absolut als auch relativ war also der Rückgang der Erwerbslosigkeit in Württemberg einschließlich Hohenzollern stärker als in Baden. Der erhöhte Bedarf der Landwirtschaft mußte infolge Mangels eines entsprechenden Angebots von Fachkräften teilweise ungedeckt bleiben. In der Forstwirtschaft gehen die Holzharzarbeiten dieses Jahr früher als gewöhnlich zu Ende, weil diesen Winter über in großem Umfange ohne nennenswerte Unterbrechungen gearbeitet werden konnte. In der Industrie der Steine und Erden machte sich eine leichte Besserung bemerkbar, vornehmlich in den Steinbruchbetrieben und in der Gipsindustrie, hingegen hatte die Ziegeleiindustrie an der Belegung verhältnismäßig noch wenig Anteil. In der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie hat die mit Beseitigung der Aussperrungsgefahr beobachtete Belegung der Nachfrage nach Personal zum Teil zugenommen. Der Kräftebedarf der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen stieg erheblich. Ebenso meldete die Elektroindustrie in verstärktem Umfange Arbeitsgelegenheit (Mannheim, Feuerbach). So suche beispielsweise die elektrotechnische Fabrik Robert Bosch, Feuerbach, 300 weibliche Arbeitskräfte im Alter bis zu 35 Jahren. In der Aluminiumindustrie hat eine in Billingen eingerichtete Gießerei eine Anzahl bisheriger Unterstützungsempfänger eingestellt. In der Schwarzwalder Uhrenindustrie wird flott gearbeitet, Inlands- wie Auslandsgeschäft befriedigen die Erwartungen. In der Pforzheimer Schmudwarenindustrie blieb der Geschäftsgang gleichfalls gut, für weibliche Kräfte blieb die Nachfrage unverändert, für männliche ist sie leicht abgeklaut. Die Omlinder Silberwarenfabriken arbeiten noch voll, in verschiedenen Goldwarenfabriken wurde die Überzeitarbeit beibehalten. Im Spinnstoffgewerbe Badens wie Württembergs (bei zum Teil erhöhter Arbeitszeit) durchschnittlich guter Geschäftsgang, vornehmlich in Baumwolle- und Seidenweberei, Strickwarenfabriken, Hanfspinnerei, Ausüstungsindustrie und Färberei. Daneben allerdings auch Kurzarbeit in der Hamieindustrie, in unerheblichem Umfange auch örtlich Entlassungen in der Trikotindustrie. Angespannt wird in der badischen Zigarrenindustrie gearbeitet. Die Neueinstellungen nehmen hier ihren weiteren Fortgang. Verschiedene Großfirmen beabsichtigen die Errichtung weiterer Filialen. In der Schuhwarenfabrikation blieb die Lage durchschnittlich günstig, meist wird voll gearbeitet. Soweit kleinere Entlassungen vorgenommen wurden, dürfte es sich im wesentlichen um Kräfte gehandelt haben, die auf Wintersportartikel hingearbeitet hatten. Im Baugewerbe hat sich der Beschäftigungsgrad leicht gehoben. Einer vermehrten Tätigkeit stand allerdings Frostwetter, wohl auch bis zu einem gewissen Grade Mangel an Aufträgen entgegen. Das Vermittlungsgeschäft der öffentlichen Fachvermittlung für das Hotelgewerbe gestaltete sich in der Berichtszeit sehr lebhaft. Hierbei herrschten Boreinstellungen für die kommende Saison vor.

Der König von Afghanistan auf der Leipziger Messe

Der König von Afghanistan traf mit Sonderzug heute vormittag 9.16 Uhr zum Besuch der Leipziger Messe hier ein.

Ende des tschechoslowakischen Bergarbeiterstreiks. Sämtliche Bezierkonferenzen der Bergarbeiterverbände des nordwestböhmischen Kohlenreviers haben das Abereinommen zur Beilegung des Konflikts genehmigt und sich für die Beendigung des Streiks ausgesprochen.

Letzte Nachrichten

Eröffnung der Ratstagung in Genf

Genf, 5. März. Die 49. Tagung des Völkerbundesrates ist heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz von Arratia, Columbien, eröffnet worden. Der Rat stellte zunächst in nichtöffentlicher Sitzung die endgültige Tagesordnung fest und erledigte alsdann eine Reihe administrativer Fragen. Zu den Danziger Fragen wurde beschlossen, die Frage eines polnischen Anlegehafens in Danzig und die Frage des Kontrollrechtes auf der Westplatte bis zum Abschluß der im Gange befindlichen direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zu vertagen. In bezug auf das Klagericht Danziger Staatsangehöriger im polnischen Eisenbahndienst, wurde, da das Saager Rechtsgutachten offiziell den Ratsmitgliedern noch nicht zugegangen ist, beschlossen, nach Eingang des Gutachtens in einer weiteren vertraulichen Sitzung darüber zu entscheiden, ob diese Frage in der jetzigen Tagung behandelt werden soll.

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Im allgemeinen glaubt man, daß die Tagung des Völkerbundes sehr kurz sein und wenig Sensationen bringen wird. Auch das Vorgehen der Kleinen Entente gegen Ungarn scheint im wesentlichen abgeklärt, nachdem sich am Sonntag gezeigt hat, daß in der Konferenz dieser drei Staaten eine wirkliche Einigung gar nicht zu erzielen gewesen ist. Man hat wenig Reizung, sich allzuweit vorzuwagen, während Briand, durch seine Presse gezwungen, vermutlich irgend etwas unternehmen muß, obwohl er sonst einen Erfolg kaum wünschen kann. Wenn die ungarische Affäre erledigt ist — und das dürfte wohl noch in den ersten Tagen dieser Woche geschehen —, werden die letzten beiden Staaten Männer Genf sofort verlassen. Man rechnet jedenfalls mit keinem längeren Aufenthalt als bis zur zweiten Hälfte der Woche. Heute nachmittag findet in Genf die Vollversammlung des Sicherheitskomitees statt. In politischen Kreisen des Völkerbundes nimmt man an, daß die Vorschläge des Redaktionskomitees im allgemeinen durchgehen werden. Morgen wird das Thema Waffenschmuggel erörtert, wobei sich Hinweise auf die ungarische Affäre kaum vermeiden lassen.

Die Lage im Berliner Metallarbeiterkonflikt

Berlin, 5. März. (Tel.) Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses für Groß-Berlin, Gewerberat Körner, hat heute vormittag mit den Parteien der Metallindustrie Fühlung genommen, um durch neue Verhandlungen den Konflikt beizulegen. Die E. Lorenz A.-G. wird heute abend ihre Betriebe stilllegen, die Deutschen Telephonwerke und die Kabelindustrie A.-G. werden morgen abend stilllegen, falls keine Einigung zustande kommen sollte.

Die Gemeinderatswahl in Hagenau

Paris, 5. März. (Tel.) Bei der gestern vorgenommenen Stichwahl für die noch ausstehenden zehn Gemeinderatsitze in Hagenau wurden nach einer Meldung des 'Petit Journal' die zehn Mitglieder der Liste des früheren Bürgermeisters Weß gewählt, ohne daß ein eigentlicher Wahlkampf stattfand, da die französisch-nationalistischen Gegenparteien ihre Listen zurückgezogen hatten.

Ein Beitrag zum Fall der Riß Cabell

London, 5. März. (Tel.) 'Times' veröffentlicht ein Schreiben des Kaplans der britischen Christuskirche in Brüssel vom Jahre 1914 bis 1922, Gahan, zur Angelegenheit der Risse Cabell, in dem er berichtet, daß einige der geflüchteten britischen Soldaten, nachdem sie die holländische Grenze sicher passiert hatten, Danpostkarten an Risse Cabell sandten, in denen sie ihre Ankunft mitteilten. Einige dieser Postkarten seien von der deutschen Feldpost an Risse Cabell ausgehändigt worden, als — wie der Kaplan glaubt — eine freundschaftliche Warnung. Im Juni 1915 sei Risse Cabell von der Militärpolizei nach strengem Verhör ernstlich verwahrt worden. Nach Ansicht Gahans hätte man Risse Cabell, die bis fast Ende Juli in Freiheit gelassen worden sei, gestattet, nach England abzureisen mit vielen anderen Frauen, die es taten, wenn sie gewollt hätte.

Die Gefahr für den Irak

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Die letzten in London eingegangenen Telegramme lassen die Lage im Irak als ganz erheblich verschlechtert erscheinen. Danach sind etwa 20 000 Araber im Vormarsch begriffen. Mit Rücksicht darauf, daß der Irak eines der wertvollsten englischen Interessengebiete ist, schon wegen der Petroleumvorkommen, werden alle Vorkehrungen getroffen, um die Bewegung abzuwimmeln.

Ex. v. Glasenapp f. Ex. v. Glasenapp, der frühere Vizepräsident der Reichsbank, ist in Berlin am Herzschlag gestorben.

Belastung der badischen Staatskasse

sachlichen Zweckausgaben des Landes nach dem Staatsvoranschlag 1928/29

F. A. Für den Steuerzahler ist es von großer Bedeutung, etwas über die Belastung der Staatskasse durch sachliche Ausgaben im neuen Staatsvoranschlag gegenüber letzter zu erfahren, weil bei den sachlichen Ausgaben durch etwaige Abstriche im Landtage unmittelbar fühlbare Ersparnisse erzielt werden können. Bei einem Vergleich der Voranschlagszahlen für 1928/29 mit denen für 1926/27 können aber nicht einfach die Schlusszahlen für den sachlichen Aufwand, wie sie sich nach den Voranschlägen ergeben, gegenübergestellt werden, vielmehr müssen alle diejenigen Posten ausgeschieden bleiben, welche nicht aus Mitteln des badischen Staates stammen und deswegen die badische Staatskasse und den badischen Steuerzahler nicht belasten, sei es, weil das Land von dritter Seite, in der Hauptsache vom Reich, und von Gemeindeertrag für derartige Aufwendungen erhält, sei es, daß es sich überhaupt nur um Posten handelt, welche in Einnahme und Ausgabe durch den Staatshaushalt lediglich durchlaufen, aber für Dritte bestimmt sind, wie z. B. der Anteil der Gemeinden an den Steuerüberweisungen des Reichs. Prüft man unter diesem Gesichtspunkt den sachlichen Aufwand für 1928/29 und 1926/27 durch, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß der sachliche Aufwand in den Jahren 1928/29 geringer ist als in den Jahren 1926/27.

1928/29 1926/27
RM RM

Table with 3 columns: Category, 1928/29 RM, 1926/27 RM. Rows include: Abziehen sind hiernach vom gesamten sachlichen Aufwand bei den einzelnen Hauptabteilungen des Voranschlags; Ministerium des Kultus und Unterrichts; Ministerium des Innern; Finanzministerium; Fremde Anteile an den Kosten der Donaubrücke bei Wöhlingen; Der Aufwand für den sachlichen Bedarf der allgemeinen Staatsverwaltung...

Der Aufwand für den sachlichen Bedarf der allgemeinen Staatsverwaltung, der Amortisationskasse und der Wohnungsfürsorge beträgt nach Beilage 3 (Seite XXVIII u. XXIX) des Staatsvoranschlags 1928/29 unter Einbeziehung des außerordentlichen Etats mit dem auf 1 Jahr entfallenden Teilbetrag ... 180844618 161582000 Nach Abzug der oben erläuterten ... 56126500 361141500 bleibt ein reiner sachlicher Gesamtaufwand von ... 124718118 125467910

Der sachliche Gesamtaufwand ist also gegenüber dem Voranschlagszeitraum 1926/27 nicht gestiegen, sondern sogar um 749702 RM zurückgegangen.

Bei der Betrachtung des eigentlichen allgemeinen Staatsaufwandes sind jedoch die Voranschlagszahlen für die Amortisationskasse und die Wohnungsfürsorge auszuschließen, weil sie durch eine erhebliche Zahl von Posten, die den laufenden Staatshaushalt nicht betreffen, beeinflusst sind, während die laufenden

Ausgaben für diese Zwecke bereits unter dem Aufwand der allgemeinen Staatsverwaltung enthalten sind. Nur diese Zahlen geben also ein richtiges Bild über die Belastung der Staatskasse.

Der jährliche Aufwand der allgemeinen Staatsverwaltung beträgt nach der Beilage 3 des Staatsvoranschlags 1928/29 149.197.075 136.408.240

Auch bei ihm liegt scheinbar eine Steigerung vor um etwas über 9 v. H. Nicht man aber von diesen Rohzahlen die vorstehend erwähnten durchlaufenden Posten ab mit

56126500	36114150
----------	----------

so verbleibt für die allgemeine Staatsverwaltung ein reiner jährlicher Aufwand von

93070575	100294090
----------	-----------

Die Belastung der badiischen Staatskasse durch den jährlichen Aufwand ist also gegenüber dem Voranschlagszeitraum 1926/27 im neuen Voranschlagszeitraum 1928/29 nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar um über 7 Millionen RM, also um über 7 v. H. gefallen.

Völlig abwegig ist es daher, wenn von dritter Seite unter entsprechenden Schlussfolgerungen manchmal behauptet wird, der jährliche Aufwand weise im neuen Staatsvoranschlag eine wesentliche Steigerung gegenüber bisher auf.

Das Panzerschiff A

Bd. Berlin, 5. März. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages bewilligte heute die erste Rate für den Bau des neuen Panzerkreuzers A mit 15 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und der Bayerischen Bauernverbände.

Reichswehrminister Grüner erklärte am Samstag im Haushaltsausschuss des Reichstages u. a., er habe aus militärischen Gründen unsere Flottenpolitik vor dem Kriege für einen Fehler gehalten. Der Minister hob die hervorragenden Leistungen der Flotte während des Krieges hervor. Er trete mit vollster Überzeugung für den Neubau des Panzerschiffes ein. Eine im Rahmen des Versailler Vertrages modernisierte Flotte sei eine erhebliche Unterstützung für das Landheer. Der Minister verwies auf die Wichtigkeit einer schlagkräftigen Flotte in der Ostsee und wiederholte, daß das Auswärtige Amt keine außenpolitischen Bedenken gegen den Bau erheben habe. Die Nachwehen der Ehrhardt-Verträge hätten beim Wiederaufbau der Marine den leitenden Stellen des Lebens recht schwer gemacht. Aber die Frage der Verbindung von Marinestellen mit den D. C.-Beuten schwebte beim Oberreichsanwalt ein Verfahren. Der Minister erklärte, daß er entschlossen sei, unter allen Umständen die Marine von D. C.-Beuten zu säubern. Er könne ein Verhalten, mit dem die Reichswehr beipflichtet werden sollte, nur aus Schärfe brandmarken und als Soldat seinen Abscheu über dieses unehrliche Verhalten ehemaligen Kameraden und Vorgesetzten gegenüber zum Ausdruck bringen. Bezüglich einer Namensänderung des Kaiserl. Yachtclubs werde er sich mit dem Vorstand in Verbindung setzen, möchte aber schon heute keinen Zweifel darüber lassen, daß er beim Scheitern dieser Verhandlungen die Zugehörigkeit von Marineangehörigen zu diesem Klub nicht für angezeigt halte.

Die Forderungen der Eisenbahner. Die Forderungen, die die Tarifgewerkschaften der Eisenbahnarbeiter stellen, bedeuten eine Steigerung der jährlichen Lohnausgaben um über 250 Millionen Reichsmark. Diese Forderungen konnten von der Hauptverwaltung, wie aus Berlin mitgeteilt wird, nicht als geeignete Grundlage für Verhandlungen angesehen werden. Die Reichsbahn wird sich deshalb sofort mit dem Reichsarbeitsminister wegen Einleitung eines Schlichtungsverfahrens in Verbindung setzen.

Aufruf zur Gründung eines Leninbundes. Eine von etwa 200 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands beschickte Konferenz der Opposition der kommunistischen Partei beschloß einen Aufruf, worin zur Gründung eines Leninbundes der Linkskommunisten aufgefordert wird. Die Gründung sei durch den Spaltungskurs der heutigen Führung der kommunistischen Internationale veranlaßt. Der Leninbund wolle die Vereinigung aller Kommunisten. Für Ostern wird nach Berlin ein öffentlicher Gründungskongreß einberufen.

Die französischen Kammerwahlen sind endgültig auf den 22. April, und die notwendig werdenden Stichwahlen auf den 29. April festgesetzt worden.

Erstaufführung von Molnars „Liliom“ im Landestheater

Die Erstaufführung am Samstag ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie uns den Genuß einiger ganz ausgezeichneter schauspielerischer Leistungen verschaffte. Da ist zunächst Fräulein Elisabeth Vertram zu nennen, die mit ihrer Rolle der Julie noch nachträglich diejenige rechtfertigte, die sie für unser Schauspiel engagierten. Was Fräulein Vertram uns am Samstag geboten hat, war schönste und reinste Menschlichkeit, prächtiges Fräuentum und sorgsam durchgeführte Darstellungskunst. Eine Freude war es für den Theaterliebhaber, den einzelnen Feinheiten ihres Spiels zu folgen; die herrliche Fähigkeit zu beobachten, mit welcher sie die ganz ins Seelische verlegte Tragödie eines liebenden Frauenherzens schilderte.

Und dann nächst ihr und neben ihr Kelly Rademacher als Marie. Ich würde eigentlich keine Rolle zu nennen, in welcher Fräulein Rademacher jemals versagt hätte. Sie hat uns in den Jahren ihrer hiesigen Tätigkeit mit einer Fülle schöner und amüsanter Leistungen beglückt. Und auch jetzt wieder hat sie das Publikum mit ihrer ausgereiften schauspielerischen Kunst stark zu fesseln vermocht. Diese harmonische Mischung von mädchenhafter Lieblichkeit und menschlicher Wichtigkeit wird man auf den deutschen Bühnen nur recht selten antreffen.

Ferner Melanie Ermarth als Frau Muscat! Frau Ermarth mag dem Alter insofern ihren Tribut zollen, als sie nicht mehr ganz dasselbe Rollenfach spielen kann, wie vor 10 oder 20 Jahren; ihre künstlerische Begabung aber, ihre darstellerische Gestaltungskraft hat noch nicht im mindesten nachgelassen. Das hat sie vor gestern Abend von neuem gezeigt. Und so konnte die Bewunderung aller zum Urteil Berufenen nicht ausbleiben. Auch die beiden anderen mitwirkenden Damen, Fräulein Frauendorfer und Fräulein Quaiser, füllten den Platz, auf den sie der Regisseur gestellt hatte, mit Ehren aus.

Die männliche Hauptrolle, die des Liliom, lag in den Händen von Waldemar Leitzgeb. Und dort war sie allerdings so gut aufgehoben, daß man der Theaterleitung nur gratulieren kann. Herr Leitzgeb hat schon wiederholt in modernen Rollen bewiesen, daß er nicht nur ein sympathischer,

Mussolini droht

Mussolini hat nun nach acht Tagen im italienischen Parlament dem österreichischen Bundeskanzler Seipel geantwortet. Seine Ausführungen gipfelten in der Drohung, es sei dies das letztemal, daß er auf Kundgebungen wie die letzten österreichischen durch parlamentarische Erklärungen antwortet, vielmehr werde er nächstesmal durch Taten antworten. Ferner betonte er, daß ausländische Kundgebungen durch verstärkte Maßnahmen zur Italianisierung Südtirols beantwortet würden und kündigte an, daß die dort noch bestehenden deutschen Zeitungen verboten und die dort noch angestellten deutschen Beamten abgebaut oder nach Altitalien verlegt würden. Die italienische Regierung sei in bezug auf Südtirol weder durch internationale Verträge gebunden, noch fühle sie sich durch Versprechungen früherer Regierungen verpflichtet, die ihre Zusagen wahrscheinlich schon bereit hätten. Mussolini zählte unschuldig alle „Wohlthaten“ auf, welche Italien seit 1918 Österreich erwiesen habe, darunter auch die Bauten und Arbeiten des faschistischen Italiens in Südtirol, so das Wagnis des Siegesdenkmal, das besonders feierlich eingeweiht werden solle. Aber die Italianisierung stellte er nicht in Abrede, sondern bekämpfte sie eher durch Verlesung von Zahlen über Schulen und italienische Sprachkurse in Südtirol. Der Völkerbund sei unfähig, sich aus dem Ninderheitenlabyrinth herauszufinden. Die letzten deutschen Elemente Südtirols würden künftig stolz sein, Italiener zu heißen und Namen mit italienischen Endungen zu tragen. Die Sitzung wurde sofort nach diesen demonstrativ belästigten Erklärungen geschlossen.

Die Wiener „Reichspost“ weist darauf hin, daß Mussolini fast ganz über das Wesen der Beschlüsse im Nationalrat hinweggegangen ist. Das Blut nennt die Ausführungen bis auf wenige Stellen „maßvoll“. Um so klarer zeige sich aber der Gegensatz der Auffassungen in nationalen Angelegenheiten. Die „Neue Freie Presse“ schließt mit einem Appell zum Frieden. — Die „Arbeiterzeitung“ polemisiert lebhaft gegen die Erklärungen Mussolinis und schließt: Die Deutschen in Südtirol haben einen Bundesgenossen, der stärker ist, als die kleine österreichische Republik, nämlich die unsterbliche Seele der italienischen Demokratie und der Haß der Arbeiter aller Länder gegen den Faschismus.

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Während die deutsche Presse die Rede Mussolinis verhältnismäßig ruhig aufnimmt, zeigt die französische Presse verschiedentlich eine Aufregung, die doch immerhin bedenklich wirkt. Nicht alle Mütter sind so lässlich wie der „Temps“, dem man die Absicht zu deutlich ansieht, zwischen Deutschland und Italien eine Verständigung herbeizuführen. Er bemüht sich, nachzuweisen, daß die Rede gegen Deutschland gerichtet sei, was nach dem bisher vorliegenden Wortlaut unter keinen Umständen zutrifft. Im Gegenteil fällt sogar auf, daß Mussolini förmlich scharfe Worte gegen Österreich richtet, über Deutschland aber völlig schweigt, die Linkspresse ist dabei in ihrem Kampf gegen Mussolinis Drohungen völlig anders eingestellt und ehrlich entsetzt, so vor allem „Le Nouvelles“, in der es heißt, der Ton Mussolinis erinnere an Wilhelm II., ja er stelle ihn noch weit in den Schatten. Man müsse sich fragen, ob 1928 ein Staatsmann noch so zynisch andere Völker herausfordern dürfe.

Französische und englische Stimmen

London, 5. März. (Tel.) Zur Rede Mussolinis über Südtirol, die in der gesamten Presse viel beachtet wird, schreibt „Daily Express“: Die Ansicht über den Wert der italienischen Kriegsdrohungen als Antwort auf Neben wird verschieden sein, Mussolini gebraucht diese Wendung so häufig, daß sie nicht mehr in demselben Grade als Drohung aufgefaßt werden kann wie auf den Lippen eines anderen Staatsmannes. Mussolini kann eine Haltung, wie er sie jetzt gegenüber Menschen deutscher Nationalität an den Tag legt, nur deshalb ungefragt einnehmen, weil Deutschland kraft derselben Friedensverträge entwaffnet gehalten wird, durch die er, Mussolini, sich nicht für gebunden ansieht. — „Daily Telegraph“ schreibt: Seipels Rede war zum großen Teil eine Art von Warnung an seine Landsleute gegen die übertriebene und notwendigerweise unfruchtbare Agitation. Darauf in einer Sprache erwidern, die, obgleich unbestimmt, sehr drohend ist, trägt in keiner Weise dazu bei, die moralische Stellung zu stärken, deren Geltendmachung Mussolini den größeren Teil seiner Ansprache an die Kammer gewidmet hat.

Eine Verschwörung in Mexiko? In Mexiko soll durch die Verhaftung eines katholischen Priesters eine Verschwörung zur Ermordung des Präsidenten Calles und des Generals Obregon aufgedeckt worden sein.

sondern auch ein sehr feinfühler und sehr ausdrucksfähiger Darsteller ist. Sein Liliom zählt zu dem Besten, was er uns bisher gegeben hat. Von vornherein erweckte er das Interesse der Zuschauer. Und an einzelnen Stellen wuchs sein Spiel zu wahrer dramatischer Wucht und Eindringlichkeit an. Hervorragend gut waren wieder Hermann Brand als Fiskus, Herr Kloebe als Dienstmann Wolf, Herr Schulze als Ringmann. Auch die übrigen Herren spielten mit einer Eingabe, die der Aufführung sehr zu statten kam.

Die Regie führte Felix Baumbach. Mit einer Meisterhaftigkeit, die sich in den kleinsten Zügen verriet. Sehr unterstützt wurde er dabei durch die vortrefflichen Bühnendekorationen von Lorsten Oestl, Dekorationen, die sich schmiegen dem Vorhang des Stüdes anpaßten und doch ganz ihre eigene farbige und formale Sprache redeten. Herr Baumbach darf nach alledem die Erstaufführung des „Liliom“ unter die stichtliche Zahl seiner großen Regieleistungen verbuchen.

Das Stück hätte noch schlechter sein können, als es in der Tat ist, und es hätte bei einer solchen Regie, bei einer solchen Bühnendekoration und bei solchen Glanzproben schauspielerischer Begabung dennoch bedeutende Wirkungen erzielt. Wenn andere Kritiker die Vorstadtlegende „Liliom“ mit begeisterten Tönen loben, so mögen sie es tun. Meiner Ansicht nach ist das Ganze Kino. Nur würde sich wahrscheinlich eine angelegene Kinobühne weigern, diesen Film zu bringen: er würde — so, wie er vom Autor eine „Vorstadtlegende“ genannt wurde — auch nur in Vorstadtinos gegeben werden können. Die letzten Teile des Stüdes sind eine vollendete Geschmacklosigkeit, da sie mit läppischer Hand in überflüssiges und Religiöses hineingreifen. In den ersten Szenen finden sich ein paar gute Stellen, die aber auch dann nur zünden können, wenn zufällig Darsteller vorhanden sind, die nicht nur Theater spielen, sondern auch menschlich zu pöden wissen.

C. A. Mend.

Colosseum Karlsruhe. Das neue Märzprogramm bringt wieder eine Neuheit; sie heißt „Im Flug um die Welt“ und kommt von Hans Fflanzer und Janzen-Jakobs, anscheinend einer Berliner Firma, wie wohl auch das Ensemble in der Mehrzahl aus der Reichshauptstadt kommt. Die Handlung, soweit eine solche Etikettierung bei einer Ausstattungsschau in 24 Bildern überhaupt zulässig ist, entspricht ebenfalls dem Großstadtmilieu und ist sogar ein bißchen aktuell dadurch

Die bisherigen Wahlergebnisse in Polen

Warschau, 5. März. (Tel.) Da die Wahlergebnisse aus den Landkreisen nur sehr fragmentarisch vorliegen, ist es noch nicht möglich, ein sicheres Bild über die Verhältnisse, die durch die gestrigen Sejmwahlen hervorgerufen worden sind, zu gewinnen. Sicher ist, daß in den Städten Kongresspolens, Galiziens und des Ostens die Filibuffi-Regierungsliste große Erfolge errungen hat. In Warschau hat sie sechs Mandate errungen. Auch in Wilna, Lublin, Lemberg und Krakau hat die Regierungsliste gut abgeschnitten.

Bis jetzt sind vorläufige Gesamtergebnisse aus 17 Wahlkreisen in Warschau eingetroffen. Von 101 Mandaten entfallen auf den Regierungsbund 34, Nationaldemokraten 14, Witos-Partei und Korfanti-Partei zusammen 4, Sozialisten 11, jüdische Parteien 3, ukrainische Parteien 6, Kommunisten 4, Ninderheitenbund 11.

Eingetragene Ergebnisse

Warschau, 5. März. In allen drei obererschlesischen Wahlkreisen, die zusammen 17 Mandate zählen, hat der Ninderheitenbund sechs Mandate, die Regierungsliste sieben Mandate, polnische und deutsche Sozialisten ein Mandat, Korfanti drei Mandate.

Im III. obererschlesischen Wahlkreis Teschen-Plesch-Mybnik hat der Regierungsbund drei Mandate, polnische Sozialisten ein Mandat, Ninderheitenbund zwei Mandate, Korfanti ein Mandat.

Nach den letzten Feststellungen über das Bromberger Wahlergebnis ergibt sich folgendes Bild: Polnische Sozialisten zwei Mandate, Nationale Arbeiterpartei ein Mandat, National-katholischer Bund ein Mandat, Ninderheitenbund zwei Mandate. Von der Ninderheitenliste wurden die Abg. Rankag und Birchel gewählt. In Posen-Landkreis errangen die Nationale Arbeiterpartei ein Mandat, Regierungsbund ein Mandat, Nationaldemokraten ein Mandat, Witos-Partei und Christlich-Demokratische Partei ein Mandat.

Der Volkstrauertag im Reich

Der große Volkstrauertag, die Gedenkfeyer des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, ist am Sonntag überall im Reich in zahlreichen Veranstaltungen unter Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung begangen worden. In Berlin hat der Volksbund sieben große Feiern veranstaltet, von denen diejenige im Plenarsaal des Reichstages durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten von Hindenburg eine besondere Weihe empfang. Vor dem Hauptportal des Reichstagsgebäudes waren die Fahnen des Reiches auf Halbmast gesetzt. Der Plenarsaal war in tiefes Schwarz gehüllt. Mächtige silberne Kreuze und zwei gewaltige silberne Kränze haben sich leuchtend von dem dunklen Hintergrund ab. Zahlreiche Charkierte der Studentenschaft in Weich waren mit ihren Kammern erschienen. Die Reichswehr hatte 16 Fahnen der alten Armee entsandt. Reichspräsident v. Hindenburg wurde von der sich erhebenden Menge ehrfurchtsvoll begrüßt. Die Feiern waren umrahmt von musikalischen Darbietungen. Die Begrüßungsworte sprach der Präsident des Volksbundes, Pfarrer Stiens, der eine Übersicht über die ständig wachsende Arbeit und Entwicklung des Volksbundes gab. Die Gedenkrede hielt der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Hr. Dr. Kreuz, Freiburg i. Br., die einen tiefen Einbruch auf die Veranstaltung machte. Dampfer Trommelwirbel erschallte, Fahnen und Legen senkten sich. Am Schluß der erhebenden Feiern sang man gemeinsam zwei Strophen des Deutschlandliedes. Nach der Feiern schritt der Reichspräsident von der Menge mit brandenden Hochrufen begrüßt, die auf dem Platze der Republik aufgestellte Ehrenkompanie ab.

In Genf haben zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie und der verschiedenen deutschen Delegationen sich Sonntag vormittag bei den Gräbern der auf dem Friedhofe St. Georges ruhenden deutschen Krieger zu einer stillen Gedenkfeyer versammelt, bei der Generalkonsul Wismann in einer Ansprache der Verbundenheit aller Deutschen in Heimat und Fremde am Volkstrauertag Ausdruck verlieh und einen mit den Reichsfarben geschmückten Kranz an dem gemeinsamen Soldengrab niederlegte.

Der frühere Kronprinz verkauft Eis. Wie der Berliner „Montag Morgen“ meldet, soll sich der vormalige Kronprinz entschlossen haben, den Großgrundbesitz von Eis, der ihm durch den Vergleich mit dem preussischen Fiskus im vorigen Jahre zugesprochen wurde, zum allergrößten Teil zu verkaufen. Es sei bekannt, daß der Kaiser Besitz teilte infolge der allgemeinen Agrarkrise, dies infolge der Geldmangel der Kronprinzengruppe, heute ein Defizitunternehmen geworden sei.

zurechtgesetzt, daß ein verachteter Theaterdirektor mit der Füge, es sei ihm eine halbe Million gestohlen worden, das weitere Geschehen in Flug bringt, d. h. vor allem die Verfolgung des vermeintlichen Diebes durch alle Weltteile. Natürlich löst sich das Ganze in Wohlgefallen auf: Der Direktor kann sich auf Grund des selbsterbachten Schwindels lamieren, nach mancherlei aufregendem Hin und Her finden sich, damit die nötige Sentimentalität nicht fehle, obendrein prompt noch zwei glückliche Liebespaare zusammen. Die technische Strategie der Revue verlangt selbstverständlich, daß dieser harmlose äußere Rahmen im einzelnen erst durch allerhand, weit vom eigentlichen Stoff abweichende Unterleuten aufgeführt werden muß, im Gegensatz zu seiner theatralischen Auswertung sind diese Epochen meist sogar die Hauptsache, und die literarischen Bearbeiter haben nur die Aufgabe, deren fragwürdige Beziehungen einermöglichen zu motivieren. Nimmt man aber derlei oft gewalttätige Verzerrungen des Manuskriptes mit in Kauf, so bietet die neue Revue abermals Anlaß zu amüsanter Unterhaltung. Denn gespielt wird mit faulerer, wenn auch zum Teil mittlerer Fertigkeit, und was dem Buch an wichtiger Freiheit und satirischer Beweglichkeit etwa fehlt, das streuen immerhin die einzelnen Darsteller geschickt bei ihrem Sonderauftritten ein. Namentlich der urkomische Kad-pillenwolf und Max Keltini in der Rolle eines Reporters sorgen unentwegt für herzhaftes Lachen, auch Hans Horsten als Theaterdirektor und Ewald Wenk als Detektiv bringen spannende Momente in den Abend. Von den gesanglich Tätigen können u. a. Lilli Meriela, Elsa Schumann sowie Edgar Wills mit Respekt genannt werden. Ganz hervorragend sind wieder die durch das nordische Paar Janzen-Jakobs und Lo Castini pantomimisch gebotenen Einschüßel, daneben können sich jedoch auch Erna Renke und Ellen Saint-Glou in Solotänzen sehen lassen. Sie ihnen und bei den sechzig mitwirkenden Girls fällt überdies die reizvolle und teilweise originelle Kostümierung angenehm auf. Dem Schicksal der Veranstaltung in Wort, Tanz und Musik sind solche äußeren Zutaten jedenfalls sehr förderlich, guter Geschmack macht sich auch im Szenarium bemerkbar, das niemals den üblichen Kitsch freist. Daher garantiert alles, durch gute Laune zusammengehalten, einige prächtige Stunden: Es ist zu vermuten, daß der starke Besuch, der schon bei den ersten Aufführungen zu beobachten war, bei den nächsten Vorstellungen nicht nur anhält, sondern sich noch weiter steigert. S. Sch.

Deutscher Reichstag

BRN. Berlin, 8. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums. Zur Begründung des Etats nimmt sogleich der Minister das Wort.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

erklärt, daß er sich auf die Erörterung einiger aktueller Fragen beschränken wolle. Er sei bestrebt, die Vergebung öffentlicher Aufträge so zu leiten, daß deren Umfang jeweils in umgekehrtem Verhältnis zu dem Umfang der privaten Aufträge liege. Das deutsche Preisniveau sei für gesamteuropäische Verhältnisse zu hoch. Immerhin biete die gegenwärtige Preisbewegung keinen Anlaß zu besonderer Besorgnis. Großhandels- und Lebenshaltungsindex seien wieder gefallen. Die gleichmäßige Entwicklung der Wirtschaft sei besonders im Herbst durch die Kredit- und Vertrauenskrise aus Anlaß des Gilbert-Memorandums gefährdet gewesen. Es habe noch längerer Aufklärung und Kampfe bedurft, um die Gefahr zu bannen. Auslandskapital werde neben eigener Kapitalbildung nach wie vor erforderlich sein. Eine weitere Abdrosselung sei nicht möglich. Eine grundlegende Reform des Kartellwesens könne erst nach Beendigung der Arbeiten des Enquete-Ausschusses eingeleitet werden.

Der Minister kommt dann auf seine Verordnung gegen die Eisenpreisbildung zu sprechen. Er habe im Praktischen und Formalen Zugeständnisse gemacht, um grundsätzliche Erfordernisse seiner Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Wichtig sei vor allem, daß die eisenhaltige Industrie sich verpflichtet habe, vor der Ergründung von Maßnahmen, die die gemeinsame Eisenwirtschaftspolitik beeinflussen könnten, dem Minister rechtzeitig Mitteilung zu machen. Der Minister fordert dann die Gewährleistung besserer Gemeinschaftsarbeit aller öffentlichen Stellen zur Verhinderung der Durchkreuzung der Wirtschaftspolitik des Ministeriums. Das Wirtschaftsministerium habe die entscheidenden Kräfte der Wirtschaft zu fördern. Dies gelte vor allem auf dem Gebiete der Energiewirtschaft. Er hoffe, daß die zähe Arbeit aller Beteiligten zu einer Verständigung über die gemeinsame Elektrizitätspolitik führen werde. Zur Klärung des Problems der Wasserversorgung werde er demnächst alle interessierten Gruppen zusammenführen. Der Minister sucht die Vorurteile zu zerstreuen, die aus Anlaß des landwirtschaftlichen Notprogramms aus mittelständischen Kreisen geäußert würden. Die zur Durchführung des Programms in Aussicht genommenen Beiräte würden aus Vertretern des Mittelstandes gewählt werden.

Zum Schluß bespricht der Minister die Handelspolitik. Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, die der Wiederanschluß an den Weltmarkt in der Nachkriegszeit mit sich brachte, sei das Ergebnis des Ausfuhrgeschäftes im allgemeinen als erfreulicher Fortschritt zu bezeichnen. Jedenfalls müsse in der Förderung der Ausfuhr durch Exportkreditversicherung, Garantieleistungen, Exportkredite, Bekämpfung des Protektionismus und Vollenbung des Handelsvertragsystems fortgeschritten werden. Exportförderung und Hebung des Binnenmarktes brauchen sich nicht auszuschließen. Der Minister erklärt, er habe sich stets aufs härteste für Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft eingesetzt. Er werde alles unternehmen, was zu deren Rationalisierung und Ertragssteigerung führen könne. Dagegen könne er keine Politik mitmachen, die ihr Seil in der Drosselung der Einfuhr, Protektionismus und Autarkie liege. Die Rückwirkung solcher Politik auf das deutsche Gesamtvolk, einschließlich der Landwirtschaft, wären verhängnisvoll. Aufrechterhaltung des Friedens und Anschiebung an die Weltwirtschaft sei die Schicksalsfrage Deutschlands und Europas.

Abg. Heintz (Soz.) befragt, daß der Minister in seinem Kampf gegen die Anleihepolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht schließlich nachgegeben habe. Dagegen habe der Reichsbankpräsident gerade die Anleihen der katholischen Kirche und der Privatindustrie gefördert. In der Handelspolitik müsse sich endlich die Einsicht durchsetzen, daß wichtiger als der Export der Absatz auf dem inneren Markt für die Produktion ist. Was jetzt die Unternehmer unter Führung von Siemens Schudert mit ihrer Ausperrung unternehmen, ist Scharfmachertum Modell 1900. Die Kartellkontrolle muß schärfer werden als bisher.

Abg. Dr. Lejeune-Jung (Deutschn.): Der hohe Einfuhrüberschuß stelle eine der bedeutendsten Indizes über die fortschreitende Verarmung Deutschlands dar. Eine ganz untragbare Belastung für die deutsche Landwirtschaft bilde die Einfuhrziffer für landwirtschaftliche Erzeugnisse in einer Höhe von 4 1/2 Milliarden Reichsmark. Diese englische Handelspolitik richte sich trotz unseres Handelsvertrages mit England vornehmlich gegen Deutschland. Unter diesen Umständen erscheine der Wert unseres Meißbegünstigungsvertrages immer problematischer. Auch der Handelsvertrag mit Rußland hat sich als höchst unzulänglich erwiesen. Den italienischen Handelschikanen, die praktisch einem Vertragsbruch gleichkommen, müßte mit entsprechenden Maßnahmen begegnet werden. Die deutsche Landwirtschaft dürfe nicht im Interesse einer utopischen Exportpolitik aufgeopfert werden.

Abg. Dr. Dehauer (Zentr.) bezeichnet eine einheitliche Wirtschaftsführung für notwendig. Das große deutsche Wirtschaftsproblem liege darin, daß zwei Drittel der deutschen Bevölkerung einen ungenügenden Lebensstandard haben. Jeder deutsche Ernährer einer Familie muß jährlich von seinem erarbeiteten Verdienste 200 M als öffentliche Reparationslasten an das Ausland abgeben. Das Tragische dabei ist, daß noch nicht erkennbar ist, wann diese Last einmal aufhöre. Der Mittelstand hängt wirtschaftlich ab von der Kaufkraft der ihm umgebenden Bevölkerung. Die Durchführung der Rationalisierung in der Industrie ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, gegen die mit sozialpolitischen Argumenten nicht angeknipst werden kann. Ein Schaden der deutschen Wirtschaft ist die Programmlosigkeit der deutschen industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. Die deutsche Wirtschaft bedarf eines Neubaus von innen heraus.

Um 16 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 14 Uhr vertagt.

Zusammenkünfte in Wien. Zwischen Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes und der Sicherheitswache kam es in Wien zu Zusammenstößen. Vier Sicherheitswachen erlitten Verletzungen. Einer der Demonstranten, ein Dachdeckergehilfe, wurde durch einen Schuß am Kopf verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Fertigstellung der Pläne für das Völkerverbundsgebäude. Das Komitee der Architekten, das den Auftrag erhalten hat, die Pläne für das Völkerverbundsgebäude endgültig vorzubereiten, hat sein Projekt dem Völkerverbundssekretariat übermittelt. Es scheint, daß eine vollständige Einigung erzielt wurde, so daß der Völkerverbundrat in einigen Tagen einen definitiven Entscheid treffen kann, der es erlauben wird, unverzüglich mit dem Bau des neuen Gebäudes zu beginnen. Die Baukosten werden auf maximal 19,5 Millionen Franken veranschlagt.

Ägypten lehnt ab. Die ägyptische Regierung hat der englischen Regierung die Ablehnung des englischen Vertragsentwurfes für ein englisches-ägyptisches Bündnis mitgeteilt. Unmittelbar, nachdem das Ablehnungsschreiben überreicht worden war, begab sich Sarwat Pascha zum ägyptischen König und teilte ihm die Demission des Kabinetts mit.

Badischer Teil

Landesparteitag des badischen Zentrums

Dr. Freiburg, 5. März.

Der gestrige Landesparteitag des badischen Zentrums hatte sich eines sehr guten Besuchs aus allen Landesteilen zu erfreuen. Er wurde durch den Parteichef, Prälat Dr. Schöfer mit einer Ansprache eröffnet, die zunächst der Toten des Weltkrieges gedachte und an die Opfer der Partei erinnerte, die durch Würdehand gefallen sind: Erberger und Delan Förderer (letzterer 1889 im Jahr gestorben). Prälat Dr. Schöfer zeichnete in kurzen Strichen das Wesen des Zentrums als christlich-sozialer Volkspartei und schloß mit der Mahnung zur Treue gegenüber den Führern, die ihrerseits das Bild der Einordnung und Einigkeit untereinander zeigen mußten.

Der Parteitag stimmte nach Eintritt in die Tagesordnung den neuen Statuten zu. Sie betreffen eine Neuorganisation der Partei auf Grund des neuen badischen Wahlgesetzes. Dann wurden die vom Zentralkomitee (jetzt Landesauschuß) vorgeschlagenen Entschlüsse einstimmig angenommen. Es handelt sich um sieben Entschlüsse. Die erste hat die Schule zum Gegenstand, der bekannte Standpunkt des Zentrums wird in dieser Frage dargelegt. Es folgten Entschlüsse hinsichtlich der Steuerfragen, der Landwirtschaft, der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Hierbei wird die Höhe der Realsteuern bemängelt und ferner verlangt, daß die vom Reiche zur Verfügung gestellten Mittel auch der badischen Landwirtschaft zugute kommen. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik wird vor den Gefahren staatlicher und privater Monopole gewarnt. In der fünften Entschlußung wird die Fortführung der bisherigen Sozialpolitik gefordert, in der sechsten die Reform des Wahlrechts verlangt und in der letzten Entschlußung zu der Frage: Reich und Länder Stellung genommen. Hierbei wird das Festhalten an dem föderativen Aufbau des Reiches mit möglichst weitgehender Dezentralisation der Verwaltung gefordert. Eingriffe der Reichsregierung in die Staatshoheit der Länder im Sinne der Reichsverfassung müssen unterbleiben. Es müsse eine klare und scharfe Abgrenzung der Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden erfolgen. Das Schulwesen erhalte die Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner, während der Reichstagsabgeordnete Dietz, Rabold, die landwirtschaftlichen Fragen behandelte.

Im Verlaufe der Aussprache ergriff auch der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth das Wort zu aufmerksam verfolgten Darlegungen. Er führte aus, heute dürfe es keine Rivalität zwischen Beamten und Arbeitern und den übrigen Ständen geben. Man müsse vielmehr eine gemeinsame Front zum Ausbau des sozialen deutschen Volksstaates schaffen. Angesichts der fortschreitenden Gefahr in verschiedenen Ländern heiße es das Gemeinsame hervorzuheben. Die Not der Landwirtschaft und des Mittelstandes verdiene sorgsamste Beachtung. Prälat Dr. Schöfer bemerkte, Dr. Wirth hätte die heute von ihm vertretenen Anschauungen auch auf der Tribüne des Reichstages und in der Reichstagsfraktion vortragen müssen. Der Parteichef betonte mit allem Nachdruck, daß zu den großen wichtigen Fragen, die uns einigen müssen in allererster Linie die religiösen und kulturellen Fragen gehören müssen. — Auch Reichsfinanzminister Dr. Köhler beteiligte sich an der Aussprache. Er äußerte sich nochmals zur gegenwärtigen Lage und unterstrich seine bereits am Samstag in öffentlicher Versammlung gemachten Ausführungen, dabei gleichfalls betonend, daß das Volk die Führer einig sehen wolle.

Die Tagung nahm einen durchaus disziplinierten Verlauf. Die endgültige Auffassung der Kandidaten für die Reichstagswahlen bleibt einer demnächst stattfindenden Sitzung des Landesauschusses vorbehalten.

Das Zentralkomitee der badischen Zentrumsparlei, das am Samstag zusammentrat, war aus allen Teilen des Landes sehr stark besucht. Prälat Dr. Schöfer nahm trotz seiner geschwächten Gesundheit teil an der ganzen Tagung teil und griff wiederholt wegschweifend in die Debatte ein. Im Hinblick auf die neue Situation, die durch das badische Landtagswahlgesetz geschaffen worden ist, muß die Organisation der Partei im Lande einer Reform unterzogen werden. Der vorgelegte Entwurf einer Abänderung des Parteistatuts wurde eingehend durchberaten; nach einigen Abänderungen wurde einstimmig beschlossen, dem Parteitag die Annahme zu empfehlen.

Hierauf wurde in eine längere Aussprache über die politische Lage eingetreten. Im Anschluß an die schulpolitischen Erörterungen nahm auch Reichstagsabgeordneter a. D. Dr. Wirth das Wort. Nach seiner Auffassung, die er zum Ausdruck brachte, waren seine Schritte in der Schulfrage lediglich der Sorge über die Zweckmäßigkeit der eingeschlagenen Taktik entsprungen. Ihm wurde entgegengehalten, daß dann der Weg nicht über das „Berliner Tageblatt“ und die „Deutsche Republik“, nicht über die Bekämpfung des Gesekentwurfes, sondern über die Mitarbeit in der Reichstagsfraktion unter Führungnahme mit der badischen Landesparlei hätte gehen müssen. Klar wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß der Liberalismus in der Kulturpolitik auch heute noch als einer der gefährlichsten Gegner zu betrachten sei.

Mit allem Nachdruck wurde die Reform des Reichstagswahlgesetzes gefordert und verlangt, daß aus Baden künftig nur Vertreter in den Reichstag entsandt werden dürfen, die sich verpflichten, mit aller Kraft die Wahlreform zu betreiben. Desgleichen wurde das Pensionskürzungs-gesetz gefordert. — Gerade von Arbeiterteile wurde unter allgemeine Zustimmung Geschlossenheit und Disziplin verlangt und die Haltung Dr. Wirths der Gewerkschaftsbewegung gegenüber auf das entschiedenste verurteilt. Des weiteren wendete sich die Aussprache der Lage der Landwirtschaft zu, der Wirtschaft- und Sozialpolitik allgemein, der bestehenden bürgerlichen Belastung unseres Volkes und der Frage des Verhältnisses von Reich und Ländern. Die Ergebnisse der Beratung wurden in Entschlüssen zusammengefaßt, die dem Parteitag gleichfalls zur Annahme empfohlen werden. Der Wille zur Disziplin in der Partei, zur Einmütigkeit und Geschlossenheit wurde von allen Seiten zum Ausdruck gebracht.

In einer öffentlichen Versammlung

am Samstag abend Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die von der Zentrumsparlei verfolgte Politik, Fragen der auswärtigen Politik usw. Der Reichsminister wurde bei seinem Erscheinen von lebhaftem Beifall begrüßt, der sich nach Abschluß seiner Rede wiederholte. Die Versammlung, der u. a. auch der badische Finanzminister Dr. Schmitt und Generalvikar Dr. Seifert beimohnten, wurde durch den Vorsitzenden des Freiburger Zentrums, Stadtrat Zoll, eröffnet. Der Leiter der Versammlung wurde unter dem Beifall der Anwesenden beauftragt, Prälat Dr. Schöfer die herzlichen Grüße und Gedenkwünsche zu übermitteln.

Dr. Köhler betonte, daß die seit Anfang 1927 bestehende Koalition erlitten sei. Die am Zentrum wegen seiner Teilnahme daran geübte Kritik sei vollkommen unangehörig, denn es habe weder sachlich noch grundsätzlich etwas preisgegeben. Noch weniger habe das Zentrum eine Politik der deutschnationalen Fraktion gemacht. Der Minister ging dann auf das Reichschulgesetz ein und stellte fest, daß dieses Gesetz an der Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert sei. Hätte diese Partei schon bei den Verhandlungen um die neue

Koalition ihre Stellung zum Reichschulgesetz mitgeteilt, dann wäre diese Koalition schon bei den ersten Versuchen zu ihrer Bildung gescheitert. Das Reichschulgesetz werde auch in Zukunft eine der wesentlichsten Forderungen des Zentrums sein. Auf das Problem Reich und Länder eingehend, lehnte der Minister den liberal-demokratischen Einheitsstaat entschieden ab. Man wolle in Süddeutschland keine Auslieferung an die Großbürokratie, die schon ohnehin durch den fortgesetzten Ministerwechsel im Reiche sehr mächtig geworden sei. Den lebensfähigen Ländern müsse die Möglichkeit einer würdigen Existenz auch weiterhin gegeben werden. Ebenso wichtig wie die Reform der Verfassung und der Verwaltung sei eine solche des Reichstagswahlrechtes, eine Frage, die evtl. durch Volksentscheid geregelt werden müsse. Bezüglich der Beamtenbesoldung betonte Dr. Köhler, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage für absehbare Zeit wohl kaum eine Änderung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zu erwarten sei. In der Diskussion erklärte er, er fühle sich verpflichtet, den Beamten, die das heute schwierige Problem des Steuer- und Finanzwesens zu bearbeiten hätten, seinen besonderen Dank auszusprechen.

Der Parteitag hat an den Justizminister Dr. Trunt folgendes Telegramm gefandt: „Die Partei nimmt an Ihrem schweren Familienleid innigsten Anteil und dankt Ihnen für die vieljährige vorbildliche Arbeit auf verantwortungsvollem Posten.“

Auch an den Reichstagsabgeordneten Dr. Marx wurde ein Telegramm folgendes Inhalts gefandt: „Der glänzend besuchte badische Zentrumsparteitag sendet dem verdienten treuen Führer des Zentrums herzliche Schwarzwalddrüße und beste Wünsche für seine Gesundheit. Das badische Zentrum freut sich über Ihre Fahne und Führer. Es steht mit Zuversicht und Geschlossenheit in den Wahlkampf.“

Aus der Landeshauptstadt

Der Volkstrauertag

Auch in der badischen Landeshauptstadt mahnten Glockenlang und auf Halbmaße wehende Flaggen zum Gedenken an die Toten des Weltkrieges. Die Religionsgemeinschaften ehrten das Gedächtnis der Gefallenen in feierlichen Gottesdiensten. Kirchen und Synagoge waren dicht gefüllt. Von schönem Wetter begünstigt wanderten den Tag über viele zu den mit liebender Hand frisch geschmückten Kriegergräbern auf dem Ehrenfriedhof.

Eine Abordnung des Stadtrats, bestehend aus dem Oberbürgermeister und den dienstältesten Stadträten Ged und Schwan und Stadtrat Maltheis, hat namens der Stadtgemeinde anlässlich des Volkstrauertages Kränze mit Schleißen in den Stadtparken an die Kriegergräber und an den Gräbern der Fliegeropfer auf dem Hauptfriedhof niedergelegt. Ferner hat die Stadt Kränze an die Kriegergräber auf dem alten Friedhof, am Kriegerdenkmal am Eisinger Tor, am Leibgrenadierdenkmal, am Artilleriedenkmal und an den Kriegerdenkmälern in den Stadtteilen Mühlburg, Darlanden, Rintheim und Müppurr niedergelegt lassen.

Auf dem Friedhof veranstaltete mittags das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Trauerkundgebung, der sich verschiedene Vereine angeschlossen hatten. Staatspräsident Dr. Meunier und Oberbürgermeister Dr. Finter waren zugegen. Ein Trommelwirbel eröffnete um elf Uhr die Feier. Trauerweisen mit Motiven des „Ich hatte einen Kameraden“ wurden von der Reichsbannerkapelle gespielt. Nach einem Trauerchor ergriff Jugendführer Rappes das Wort zu einer Trauer- und Gedächtnisrede. Aus dem Weltkrieg sei der Sieg der Masse hervorgegangen worden. Und Gottes Wille sei es, daß nun allen Recht und Gerechtigkeit werde. Der Redner zeichnete zum Schluß das Bild jenes Mannes, in dem dieses Ideal Gestalt geworden sei; in unserem ersten Reichspräsidenten Ebert. — Es folgten eine Reihe Kranzniederlegungen. Der Vorsitzende des Reichsbanner, Rektor Reimuth legte einen Lorbeerkranz mit den Worten nieder: Nicht nach Rache rufen wir, sondern nach Liebe und Veröhnung!

Die vom Volksbund für Kriegsgräberfürsorge veranstaltete Gedächtnisfeier am Abend bewies aufs neue, daß der Gedanke des Volkstrauertages in der Bevölkerung starke Wurzeln geschlagen hat. Der weite Festhallaanbau war samt Galerie sehr gut besetzt und alle Stände vertreten. Das Badium zeigte sich in einem stimmungsvollen Gewande von Blau- und Tannengrün. Aus der Mitte ragte als Symbol ein mächtiger Katafalk, bedeckt mit Fahnen und in den Farben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen man einst ausgezogen und gestorben ist, und geschmückt mit dem Stahlhelm. Davor brannten zwei große Kandelaber. An der Spitze der Trauerversammlung bemerkten wir den Staatspräsidenten Dr. Meunier und den Oberbürgermeister Dr. Finter, ferner waren zugegen die Vertreter der Behörden und der Geistlichkeit, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, Polizeidirektor Gauer, der hochbetagte General Anhäuser, die Herren der Kriegsgräberfürsorge u. a. Für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen waren gleichfalls Plätze reserviert. Aber dem ganzen lag eine wehmütige feierliche Stimmung. Gleich nach 18 Uhr setzte die Orgel ein: Herr Wilhelm Krauß, Konzertorganist am Badischen Konservatorium für Musik, spielte das Präludium in C-Moll. Alsdann brachte die Harmoniekapelle unter Hugo Kubolbs Leitung Reinedes Adagio religioso zu Gehör, worauf in die Riederhalle, dirigiert von Hugo Nahner, der Männer-Doppeldor „Heldenfriedhof“ von Kubol und vortrug. Die Gedächtnisrede hielt Oberregierungsrat und Landtagsabgeordneter Bauer. Er führte u. a. aus: Der Opferstein der Gefallenen sollte uns politisch, sozial und geistig zusammenführen. Wir sollten größer werden durch unsere Einigkeit, als Volk größer durch ein wahres Gemeinschaftsgefühl, größer durch die Erkenntnis, daß unser Deutschland auch in seiner neuen Form unser aller Vaterland ist. So mögen wir den Helden danken durch die Tat. In der Schule sollte viel mehr gesehen, die Erinnerung an die große Zeit wachgehalten. Der Redner empfahl Belehrungsreisen zu den gemaltigen Gräberfeldern in Frankreich usw., er appellierte an die Pflicht, an der Besserung des Loses der Kriegsopfer mitzuwirken und bezeichnete die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage als eine Forderung der Selbstachtung und Ehre des deutschen Volkes. Undächtigt lautete die Menge dem: „Nun ruhet in Frieden!“ Mit dem Chordorpspiel „Wenn wir in höchsten Nöten sein“ und dem zweiten Satz der H-Moll-Sinfonie von Fr. Schubert fand die imposante Kundgebung der Treue und unauslöschlichen Dankbarkeit gegenüber unseren toten Helden, die im deutschen Volk das Sinnbild äußerster Pflichterfüllung ewig weiterleben, ihren Abschluß.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der hohe Druck im Osten ist leicht zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich über Frankreich eine schwache Druckrinne gebildet. Für morgen steht daher leichte Bewölkungsunahme bei sonst wenig verändertem Wetter bevor. Wetterausblick für Dienstag: Im allgemeinen fortwährend mild und meist trocken, bei zeitweiser leichter Bewölkungsunahme, Nachtfrost.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Achern. M.633
Handelsregister eintrag vom 18. Februar 1928 D. 3. 31 die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma „Huber & Comp. Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitz in Achern. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Dezember 1927 festgestellt und abgeändert unterm 18. Februar 1928. Gegenstand des Unternehmens ist der teilweise Erwerb und Fortbetrieb des von Herrn Carl Friedrich Huber in Achern bisher unter seiner Firma betriebenen Papierhandels sowie der An- und Verkauf von Papier- und Seidenwaren aller Art. Zur Erreichung und Förderung ihres Zweckes kann die Gesellschaft unbewegliche Sachen erwerben und veräußern, Zweigniederlassungen im In- und Auslande errichten und sich an anderen Unternehmungen beteiligen. Stammkapital 40 000 Reichsmark. Zur Deckung seiner Stammeinlage bringt der Gesellschafter Carl Friedrich Huber, Kaufmann in Achern, in die Gesellschaft ein Papierwaren im Werte von 25 000 Reichsmark. Die Geschäftsführer sind: 1. Josef Huber, Kaufmann in Achern, 2. Walter Cuißel, Kaufmann in Achern. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Amtsgericht Achern.

M.648
Handelsregister B Bd. I D. 3. 9 und 10: Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser, A. G., in Tauberbischofsheim; Filialen in Oberburden und Sedach; Durch die Generalversammlung vom 14. Dezember 1927 wurde die Herabsetzung des Grundkapitals um 810 000 M. beschlossen. Die Herabsetzung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 545 000 M. Durch Beschluss der gleichen Generalversammlung wurde § 4 (Grundkapital) und § 23 Abs. 1 (Stimmrecht der Stammaktien) des Gesellschaftsvertrags entsprechend der eingereichten Niederschrift geändert. Das Stimmrecht der Stammaktien ist auf eine Stimme und der Kennwert derselben auf 20 M. pro Aktie herabgesetzt.
Adelsheim, 1. März 1928.
Amtsgericht.

M.650
Zus. Handelsregister A Band I wurde eingetragen: Zu D. 3. 131, Firma Samuel Westheimer in Großenhain: „Die Firma ist erloschen.“
Zu D. 3. 153, Firma Walter Siebert in Adelsheim: Dem Kaufmann Julius Schmidt in Adelsheim ist Procura erteilt.
Adelsheim, 25. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht.

M.659
Handelsregister eintrag Abt. B Bd. II D. 3. 91, Firma Gova-Rabior-Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 16. Januar 1928 ist die Bestellung des Kaufmanns Hans Solgermann in Lübeck zum Geschäftsführer widerrufen und die Gesellschaft aufgelöst. Kaufmann Walter Baumgärt-

ner in Baden-Baden war zum Liquidator bestellt; er hat vor Eintragung sein Amt wieder niedergelegt und jetzt ist Kaufmann Paul Dunken in Baden-Baden zum Liquidator bestellt. Die Procura des Emil Dietzche und Walter Baumgärtner in Baden-Baden ist erloschen.
Baden, 28. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

M.645
Handelsregister eintrag A Band I D. 3. 219, Firma Albert Freund in Obenheim: Die Firma ist erloschen.
Bruchsal, 21. Febr. 1928.
Amtsgericht. I.

M.661
Handelsregister A. Eintragung am 22. Februar 1928 die Firma Karl Hummel mit dem Sitz in Durlach. Einzelkaufmann: Karl Hummel, Kaufmann, nicht eingetragener Geschäftszweig: Bahnamtl. Handlungsbüro, Handel mit Brennmaterialien aller Art. Amtsgericht Durlach.

M.657
Handelsregister eintrag A Bd. I D. 3. 68, Firma Gebrüder Offenheimer in Schmieheim. Daniel Offenheimer, Kaufmann in Schmieheim, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1928 begonnen.
Ettlingen, 23. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht.

M.641
Handelsregister B D. 3. 21, Maschinenfabrik Lorenz, Aktiengesellschaft in Ettlingen: Ingenieur Wilhelm Schmitt in Ettlingen ist zum ordentlichen Mitglied des Vorstands bestellt. Ettlingen, 20. Febr. 1928.
Amtsgericht.

M.642
Handelsregister Freiburg i. Br. A Bd. IV D. 3. 117: Firma J. Kahn-Weil, Freiburg, ist erloschen. Am 14. Februar 1928.
A Bd. VIII D. 3. 378: Firma Otto Jähringer, Freiburg, ist erloschen. Am 17. Februar 1928.
A Bd. VI D. 3. 89: Die offene Handelsgesellschaft Oberheinische Elektrizitätsgesellschaft Kern u. Co. in Freiburg ist durch das Ausscheiden des Gesellschafters Johann Gottfried Schulz aufgelöst. Oberingenieur August Kern, Freiburg, ist jetzt alleiniger Inhaber der Firma. Am 18. Februar 1928.
B Bd. I D. 3. 75, Zentral-Kinematograph-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Freiburg: An Stelle des ausgeschiedenen Otto Dadenjos ist Kaufmann Karl Thoma in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 14. Februar 1928.
B Bd. III D. 3. 85, Stadt und Land, Gesellschaft zur Förderung direkter wirtschaftlicher Beziehungen mit beschränkter Haftung in Freiburg: An Stelle des ausgeschiedenen August Burkart ist Direktor Franz Fagnoul in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 15. Februar 1928.
B Bd. IV D. 3. 6: Die Firma Engelbrecht u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. Oktober 1927 unter entsprechender

Anderung des Gesellschaftsvertrags das Stammkapital um 10 740 Reichsmark auf 12 000 M. erhöht. Am 17. Februar 1928.
B Bd. V D. 3. 25: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators der Firma Fabrik-Vertrieb, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, ist beendet; die Firma ist erloschen. Am 20. Februar 1928.

M.632
Handelsregister A Bd. I D. 3. 147 Firma Eisen- und Metallgießerei Ernst Kapp in Gengenbach. Inhaber ist Gießermeister Ernst Kapp in Gengenbach. Gengenbach, 24. Febr. 1928.
Amtsgericht.

M.643
Handelsregister Abt. A Band IV D. 3. 279: Die Firma Albert Zanter in Heilberg, Josef Winter, Kaufmann in Heidelberg, und Kaufmann Leopold Schwarzlader Ehefrau Gustel, geb. Kampf in Mannheim. Die Gesellschaft hat am 18. Januar 1928 begonnen.
Abt. B Band III D. 3. 24 zur Firma Rantei & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Karl Rantei ist beendet und die Firma erloschen. Heidelberg, 23. Febr. 1928.
Amtsgericht.

M.625
Handelsregister einträge. 1. Max Strauß, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 22. II. 28. 2. Bauhütte Baden-Pfalz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Heinrich Fischer ist beendet. 22. II. 28. 3. Vogel & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Adolf Schürmann, Fabrikant, und Dr. Heinrich Strauß, Rechtsanwalt, beide in Karlsruhe, sind zu weiteren Geschäftsführern bestellt. Sie vertreten die Gesellschaft einzeln. 24. II. 1928.
Amtsgericht Karlsruhe.

M.626
Handelsregister einträge. 1. Gustav Gub, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 23. II. 28. 2. Franz Jink, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 24. II. 28. 3. Georg Jähme, Einzelfabrik, Karlsruhe. Einzelfabrikant: Georg Jähme, Schreinermeister, Karlsruhe (Aberstr. 28). 25. II. 28.
Amtsgericht Karlsruhe.

M.658
Handelsregister. Firma Allgemeine Elsäffische Bankgesellschaft, Aktiengesellschaft in Strahburg, Zweigniederlassung Rehl: Josef Schwarz in Strahburg ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Rehl, den 24. Februar 1928. Bad. Amtsgericht.

M.656
Handelsregister einträge. a) vom 23. Februar 1928: Geller & Co. Dachbedeckungs- und Klebmaterialien-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und

in Liquidation getreten. Zum Liquidator ist bestellt der Gesellschafter Wilhelm Wufcher, Eisenbahnsekretär a. D. in Mannheim. Die Procura des Otto Geller ist erloschen.
b) vom 26. Februar 1928: Colobeg Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 9. Febr. 1928 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Vertrieb von Colobeg und anderen technischen Artikeln. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Geschäftsführer ist Emil Voegele, Oberingenieur, Weinheim. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich durch den Deutschen Reichsanzeiger. Friedrich Ant. Schwögl, Mannheim. Inhaber ist Friedrich Ant. Schwögl, Kaufmann, Mannheim.
Goldmann & Kaufmann, Mannheim: Josef Gabel, Mannheim, ist als Gesamtprokurist bestellt. Er ist berechtigt, gemeinsam mit einem anderen Prokuristen die Firma zu zeichnen.
Heinrich Straßburger, Mannheim: Die eingetragenen Prokuren sind erloschen. Die Firma ist erloschen.
Max Preis, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
E. Schöning & Cie. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
Frumentum, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Jacob Koppel ist nicht mehr Geschäftsführer. Henri André, Kaufmann, Lausanne, und Alfred Demareux, Notar, Lausanne, sind zu Geschäftsführern bestellt. Zu Gesamtprokuristen mit der Befugnis, sie zu zweien oder jeber mit einem anderen Prokuristen zu zeichnen, sind bestellt: Franz Heinz Behrend, Kaufmann, Mannheim, Alfred Bernh, Kaufmann, Mannheim, Alois Kappeler, Kaufmann, Hamburg, und Willi Heilbut, Kaufmann, Hamburg.
Schwarz, Rauen & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Alfred Rauen in Mannheim ist Liquidator. Die Firma ist erloschen.
Amtsgericht Mannheim. F. G. 4.

M.627
Handelsregister B. Mosbacher Aktienbrauerei, vorm. Hüner, in Mosbach. Die Firma ist geändert in: Brauerei Hüner, Aktien-Gesellschaft in Mosbach. Das Geschäftsjahr ist künftig das Kalenderjahr. An Stelle des verstorbenen Brauereidirektors Heinrich Hüner ist Dr. Hugo Hüner in Mosbach als Vorstand (Direktor) und als sein Stellvertreter Kaufmann Peter Schweizer in Mosbach bestellt. Mosbach, den 20. Februar 1928.
Bad. Amtsgericht.

Wollen Sie

die badischen Behörden auf Ihre Firma aufmerksam machen?
Dann veröffentlichen Sie Ihre Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
denn sie gelangt als offizielles Organ der badischen Regierung in alle staatlichen und kommunalen Ämter des badischen Landes
Sie werden gewiß mit dem Erfolg zufrieden sein

Mosbach. M.684
Handelsregister B. Mosbacher Aktienbrauerei, vorm. Hüner, in Mosbach: Die Firma ist geändert in: Brauerei Hüner, Aktien-Gesellschaft in Mosbach. Das Geschäftsjahr ist künftig das Kalenderjahr. An Stelle des verstorbenen Brauereidirektors Heinrich Hüner ist Dr. Hugo Hüner in Mosbach als Vorstand (Direktor) und als sein Stellvertreter Kaufmann Peter Schweizer in Mosbach bestellt. Mosbach, den 20. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht.

Müllheim. M.644
Zum Handelsregister A wurde bei D. 3. 14, Firma A. Weimann Söhne, Müllheim, heute eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Zum Handelsregister A wurde bei D. 3. 199, Firma A. Sütterlin und F. Eglin, Weingutbesitzer in Feldberg, heute eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Zum Handelsregister A wurde unter D. 3. 234 heute eingetragen: Alfred Sütterlin, Weingutbesitzer in Feldberg. Dem Kaufmann und Landwirt Erich Musel in Feldberg ist Procura erteilt.
Müllheim i. Baden, 14. Februar 1928.
Badisches Amtsgericht.

Tauberbischofsheim. M.670
Handelsregister Abt. B D. 3. 10 — Fränkische Fleischwarenfabrik A. G. in Tauberbischofsheim —: Der seitherige Liquidator Direktor Gustav Hopf wurde durch das Gericht am 25. Februar 1928 abberufen und an dessen Stelle August Reiser, Generalankwiler in Heilberg, als Liquidator ernannt.
Tauberbischofsheim, den 2. März 1928.
Amtsgericht.

Triberg. M.640
Handelsregister eintrag zu A I 76, Firma Alphonse Herr, Triberg: Inhaber der Firma ist jetzt Uhrmachermeister Hermann Herr in Triberg.
Triberg, 21. Febr. 1928.
Amtsgericht.

Triberg. M.662
Handelsregister eintrag zu A II D. 3. 47 — Metallwarenfabrik Gebr. Lang, Triberg —: Die Firma ist erloschen.
Triberg, 27. Febr. 1928.
Amtsgericht.

Wiesloch. M.616
Handelsregister A Bd. I D. 3. 446, Firma Georg Steinmann in Altheim: Die Einzelprocura des Bankbeamten Fritz Steinmann in Altheim ist erloschen. D. 3. 450, Firma Badenia Leberwerke Robert Burckhardt in Wiesloch: Die Einzelprocura des Kaufmanns Franz Burckhardt in Wiesloch ist erloschen.
Wiesloch, 16. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht.

Wiesloch. M.617
Im Handelsregister B Band I wurde zu D. 3. 23, Badenia-Leberwerke vorm. Gebr. Burckhardt Aktiengesellschaft in Wiesloch eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators ist beendet. Die Firma ist erloschen.
Wiesloch, 16. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht.



Badisches Landestheater
Dienstag, 6. März 1928
Vollst. Bühne 6
Boris Godunow
von Mussorgsky
Musikalische Leitung: Josef Srips
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Boris Godunow	Rühr
Kreodor	Manl
Anna	Domes
Zemma	Weimer
Schuffitz	Witt
Schischelalow	Weyrauch
Pimen Dr. Bucherpenning	Strad
Dimitri	von Hartung
Marina	Bogel
Barlaam	Kaufkötter
Riffail	Strad
Schenkwitcz	Renno
Edeninniger	Frey
Nikitich	Löfer
Gauptmann	Kainbach
Leibbojar	Siegfried
Bojar	Weyrauch
Lowitzh	Löfer
Tschernjatowitsch	Seibertich
Bauernweiber	Hermesdorff
Bauern	Götzinger
	Vindemann

Chöre: Georg Hofmann
Anfang 19¹/₂, Ende geg. 22¹/₂,
I. Rang und I. Sperrst. 8 M.
Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Mi. 7. März: La Traviata.
Do. 8. März: Titom.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Taglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große REVUE
Im Flug um die Welt